

Ostdeutschland, sondern in ganz Deutschland umzugehen. Dies wird dann insofern für uns wichtig sein, als die Enquete-Kommission ja selbst ein Teil dieses Aufarbeitungsprozesses ist und ernstnimmt, daß es in diesem Prozeß auch andere und sehr unterschiedliche Akteure gibt.

Ich erteile deshalb zunächst Herrn Pfarrer Curt Stauss das Wort, der uns in diese Fragenstellungen noch einmal mit einem etwas längeren Beitrag einführen wird. Anschließend werden wir zunächst in eine Podiumsdiskussion eintreten, die dann für die übrigen Anwesenden geöffnet werden wird, so daß ein offener Diskurs stattfinden kann. Unser Thema: Was sind heute die Herausforderungen des Aufarbeitungsprozesses in Deutschland? Curt Stauss hat das Wort.

Curt Stauss: Als ich eingeladen worden bin zu diesem Vortrag, also einem etwas intensiveren Gesprächsimpuls, da sah die Zeitplanung für den Tag noch genau umgekehrt aus. Ich wußte, daß ich am Nachmittag wegfahren müßte, und ich bitte um Verständnis, daß ich um 15.00 Uhr gehen werde, um einen Zug zu bekommen, und darum zu dem Podiumsgespräch nicht mehr dabei sein kann. Das ist der Grund, warum ich daran nur kurz teilnehmen kann, nicht so sehr das Überangebot an Männern und das Überangebot an Theologen in diesem Podium, das mich verwirrt hat, aber das dann wohl nicht mehr zu ändern war, und an dem ich selbst ja auch Anteil habe.

Die Herausforderungen des Aufarbeitungsprozesses – die deutsche Öffentlichkeit wird durch ein Buch erschüttert, das bisher noch gar nicht in deutscher Sprache vorliegt. Der Vorgang ist ein Lehrstück für Herausforderungen des Aufarbeitungsprozesses, eines anderen Aufarbeitungsprozesses als der, der uns heute beschäftigt. Sollte im Jahre 2044 ein amerikanischer Historiker ein Buch mit dem Titel „Honecker's Willing Executioners“ herausbringen und sollte dieses Buch Wogen der Auseinandersetzung um sagen wir 16 Millionen Täter und Täterinnen hochgehen lassen, so würden uns dann diejenigen mit dem guten Gedächtnis erklären: so lange braucht es eben, bis die unmittelbare Beteiligung großer Bevölkerungsgruppen an Verbrechen und die Verdrängung dieser Beteiligung thematisiert werden, bis die Diskussion alternativer Verhaltensmöglichkeiten und die Frage, welche Verbrechen in der eigenen Gegenwart soeben verdrängt werden und an welchen sich also Bevölkerungsmehrheiten beteiligen, bis ein solches Thema überhaupt auf den Tisch getan werden kann. Aber wenn dies die Lehre sein sollte, 55 Jahre seien eben nötig, dann wäre nicht allzuviel zu lernen. Das Lehrstück scheint mir vielmehr darin zu bestehen, wie eine doch verhältnismäßig ausführliche Aufarbeitung einer Epoche doch nicht vor einem neuen Erdbeben schützt, das zweimal in diesem Jahrhundert massenhaft verdrängt wurde und wird. Der Satz „40 Jahre umsonst gelebt“ klingt wie die Einleitung zu einem zweiten Band von Alexander Mitscherlichs „Unfähigkeit zu trauern“. Daß damit eine ganze Generation ihr Leben wegwirft, statt es in die nächste Lebensphase zu integrieren, daß die Aggressivität, die in der Trauerarbeit gebunden würde und zur Belebung von Beziehungen dienen könnte, so unaufgearbeitet bleibt und umso freier und bedrohlicher vagabundiert. Es scheint noch nicht ausgemacht zu sein, ob dieses

zweite Mal, das Sie heute hierhergeführt hat, als Chance verstanden werden kann und – was wichtiger ist – genutzt wird. Dieser zweite Teil des heutigen Tages soll dazu helfen weiterzublicken. Nach den Herausforderungen des Aufarbeitungsprozesses in den kommenden Jahren haben die Veranstalter diejenigen gefragt, die nachher hier im Podium miteinander sprechen werden. Sie haben einen Pfarrer um einen Vortrag gebeten, der selbst nicht Mitglied einer Aufarbeitungsinitiative ist, wie sie sich heute vormittag vorgestellt haben. Jedoch hat er die beinahe 30 Jahre zurückliegende Hoffnung auf einen verbesserlichen Sozialismus nicht vergessen. Und auch nicht die vielen Versicherungen von Freunden und Fremden, daß die Existenz zweier deutscher Staaten ein stabilisierender Faktor an der Nahtstelle der Blöcke sei. Er erinnert sich an die fünf Faustregeln für den Umgang mit dem Staatssicherheitsdienst, mit denen Jugendmitarbeiter und Jugendmitarbeiterinnen der evangelischen Kirche sicherer gemacht wurden und gelassener, und er erinnert sich ebenso an jene Geschichten, wie einer schwer krank aus dem Stasiknast kam und wie einer sich dort das Leben genommen haben soll. Der Pfarrer gehört einer Kirche an, die selbst wirklich keine Aufarbeitungsinitiative ist, aber er hat dank der Beharrlichkeit einiger Kollegen von eben dieser Kirche den Auftrag bekommen, Opfer der SED-Kirchenpolitik zu beraten und zu unterstützen. Schließlich, damit soll es genug der Vorstellung und der Vorbemerkung sein, ist er in einer ehemaligen Industriestadt mit hoher Arbeitslosigkeit tätig und sieht und hört die Folgen einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, die viele Menschen bitter und aggressiver und ärmer macht. Ich will in diesem Gesprächsimpuls, in diesem kurzen Vortrag zuerst etwas sagen zu den aktuellen Rahmenbedingungen und deren Herausforderungen für den Aufarbeitungsprozeß. Ich will zweitens einige Beobachtungen sagen über Rechtsstaat und Gerechtigkeit. Ich will drittens ein paar Vermutungen sagen über die, die mit der Aufarbeitung beschäftigt sind. Viertens werde ich vier Vorschläge für den Aufarbeitungsprozeß formulieren.

1. Zunächst also etwas zu den Rahmenbedingungen und deren Herausforderungen für den Aufarbeitungsprozeß. – Bedenkenträger und Berufsnörgler seien am Sonnabend auf einer großen Demonstration in Bonn gewesen, habe ich heute in der Zeitung gelesen. Mit vielen von ihnen habe ich ständig zu tun in der Jugendsozialarbeit, in der Seelsorge, in der kommunalpolitischen Arbeit. Ich habe ständig zu tun mit Menschen, die im Schnitt mit 1.200 DM netto im Monat nach Hause gehen, mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die mit ihrem Arbeitsvertrag unterschreiben müssen, bis zu 50 Überstunden im Monat unentgeltlich zu leisten, mit Menschen, die im Einstellungsgespräch bedroht werden, wenn sie Gewerkschaftskontakte hätten oder sich für eine Betriebsratswahl interessierten, könnten sie gleich gehen. Ich könnte diese Serie von Grausamkeiten beliebig fortsetzen. Ich erwähne diesen Abbau sozialer Sicherungen, die wachsende Armut, mit der ich in der ostdeutschen Provinz zunehmend zu tun habe, weil ich glaube, wie Gerald Häfner heute vormittag sagte, Aufarbeitung ist eine Sache der gesamten Gesellschaft, und wenn die Rahmenbedingungen des Aufarbei-

tungsprozesses angeschaut werden sollen, dann heißt die erste: Bedrohung! Die Verluste in diesen veränderten Verhältnissen werden soviel größer als die Gewinne, daß Menschen nicht mehr in der Lage sind, die Aufarbeitung fair wahrzunehmen, daß neue Feindbilder entstehen, daß Polarisierung in der Gesellschaft wächst.

Das heutige Datum ist ein Beispiel für die Instrumentalisierung der DDR-Vergangenheit. Nicht nur die Vereinsgründung, die jetzt ein paar Straßen weiter stattfindet, sondern doch auch die Art und Weise, wie mit dem 17. Juni 1953 in den Schlagzeilen – etwa mit dem Stichwort Volksaufstand – umgegangen wird. Eine Rahmenbedingung für die Aufarbeitung ist die Instrumentalisierung unserer Geschichte aus aktuellen politischen Interessen, und die finde ich erheblich bedrohlich.

2. Einige Beobachtungen über Rechtsstaat und Gerechtigkeit. In der „Zeit“ vom 25. September vergangenen Jahres war in einem Artikel von Herrn Wedel ein Vergleich des Standes der Aufarbeitung, Prozesse und Verurteilungen nach dem Ende des Dritten Reiches und nach dem Ende der DDR zu lesen. Die Zahlen waren etwa so, daß das Verhältnis von 10:1 entstand – es seien schon wenige Verbrecher des Dritten Reiches verurteilt worden, aber noch zehnmal mehr als Urteile wegen DDR-Verbrechen. Bärbel Bohleys immer wieder kolportierter Satz „Wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat“ gehört genau in diesem Zusammenhang – was meint er? Ich sage zuerst: wir wollten tatsächlich den Rechtsstaat. Wir haben Verwaltungsgerichte gefordert und die Möglichkeit, Verfassung einzuklagen oder Verfassungsüberprüfung vornehmen zu lassen, und wir hielten das für einen Fortschritt. Es stimmt nicht, daß wir nicht den Rechtsstaat wollten. Es stimmt nicht, daß wir nur enttäuscht wären. Aber wir wollten ganz gewiß mehr, und das meint der Satz von Bärbel Bohley. Ich beobachte in der Arbeit mit Opfern der SED-Kirchenpolitik und mehr noch in der Arbeit mit Menschen, die sich als Opfer der DDR fühlen, weithin gar nicht mit Kirchenmitgliedern oder kirchlich Beschäftigten, so etwas wie ein doppeltes Täter-Opfer-Gefälle. Es geht den Tätern in der Regel sehr viel besser als den Opfern, und es geht den prominenten Tätern und den prominenten Opfern in der Regel sehr viel besser als den kleinen Tätern und den kleinen Opfern. Die Mauerschützen haben sehr viel schneller vor Gericht gestanden als die Politbüromitglieder. Die kleinen unsichtbaren Opfer haben in der Regel nicht einmal eine Initiative gefunden, in der sie die Gruppe sehen, die sie unterstützt, in der sie zur Sprache bringen können, was sie immer noch bedroht und belastet, in der sie Hilfe finden, um die eigenen Akten aufzuarbeiten, die sie vorlegen müssen, um nachweisen zu können, daß sie Opfer sind. Dieses doppelte Täter-Opfer-Gefälle stimmt übrigens auch finanziell. Und die Täter erinnern sich nicht, aber die Opfer umso mehr. Eine alte biblische Geschichte weiß bereits, wie schlecht die Täter sich erinnern. Als Josephs Brüder nach Ägypten kommen, unternimmt er unzählige Verrenkungen, um die Brüder auf sich aufmerksam zu machen – es gelingt ihm nicht. Die Täter erinnern sich nicht, sagt diese Geschichte neben manchem

anderen, aber die Opfer durchleiden alles noch und noch einmal. Akten beschaffen müssen, aufbereiten müssen, noch mal erzählen, nachweisen müssen, daß sie Opfer sind, daß sie geschädigt wurden – wie eine zweite Folter für nicht wenige, so höre ich das in den Gesprächen immer wieder. Und darin liegt die Wahrheit dessen, was der oft kolportierte Satz von Bärbel Bohley meint. In mancher Hinsicht wirkt der Rechtsstaat objektiv wie eine Bevorzugung der Täter. Die Unschuldsvermutung und auch die Datenschutzgesetzgebung – und beides halte ich für notwendig, gar keine Frage – bewirkt im Alltag, daß die Täter sich lange davor schützen können, sich mit ihren Taten auseinandersetzen zu müssen, und daß die Opfer ihnen hinterherlaufen müssen und damit noch einmal gekränkt werden. Ich weiß nicht, ob es besser gehen könnte, aber ich will sagen: der Rechtsstaat, ein so großer Gewinn er für uns ist, er bedeutet in mehrerer Hinsicht eine Privilegierung der Täter und eine erneute Kränkung der Opfer.

3. Nur wenig über die, die die Aufarbeitung leisten. Mit scheint, daß eine ganz besondere Chance in einer solchen Veranstaltung liegt, der zweiten, wie ich gelesen habe nach der vom September 1992. Daß Betroffene, die sich in Opferinitiativen zusammengeschlossen haben und aufarbeiten, daß Historiker und andere Fachwissenschaftler, daß Politiker und Politikerinnen in ein Gespräch kommen, das geschieht in unserer Gesellschaft extrem selten. Ich weiß einen vergleichbaren Vorgang nur aus der ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung. Betroffene, Verantwortliche und Fachleute im Dialog, das kann, wenn der Dialog lange genug dauert, eine ganz eigene Sprengkraft entwickeln. Der Streit, der jedenfalls im Osten Deutschlands eine ganze Weile gelaufen ist, wer denn überhaupt aufarbeiten darf – die Betroffenen reden nur aus der Opferperspektive, die Westhistoriker verstehen zu wenig, die Osthistoriker sind entweder auch Opfer oder zum größeren Teil befangen – dieser Streit kann, glaube ich, nur ausgetragen werden, indem der komplizierte Dialog von Betroffenen und Opferinitiativen, Fachwissenschaftlern und Politikern noch eine ganze Weile weitergeführt wird.

Ich komme zum 4. und letzten Punkt: Vier Vorschläge für den Aufarbeitungsprozeß. Mein erster Vorschlag – es fällt mir schwer, aber ich weiß es nicht besser – ist, die Enquete-Kommission sollte diese, wie ich finde, verdienstvolle Tätigkeit, wenn sie mit ihrem Programm fertig ist, entschlossen beenden. Ausgenommen die je eigene Aufarbeitung der Parteien, die sich mit Ostparteien zusammengeschlossen haben oder ehemalige Mitglieder von Ostparteien aufgenommen haben. Die Enquete-Kommission sollte ihn entschlossen beenden wegen der Instrumentalisierungsversuchung, die darin steckt, Aufarbeitung zu machen.

Der zweite Vorschlag: Gegen die stehende Rede von der Orientierungslosigkeit, von der neuen Unübersichtlichkeit behaupte ich, wir wissen sehr gut, aber wir tun nicht. Statt der manchmal etwas wehleidigen Wertediskussion in unserer Gesellschaft wünschte ich mir veränderte Verhaltensweisen und die Frage,

wie wir dazu kommen, etwa Überanpassung, unter der wir in der DDR gelitten haben, Überanpassung nicht schon wieder zu belohnen. Das könnte etwa im Zusammenhang Ihrer Überlegungen heißen, daß die parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes, daß die Art und Weise, wie für die Mitarbeit geworben wird, viel genauer und viel kritischer betrachtet wird, als das bisher geschehen ist. Ein Beispiel aus meiner Arbeit: Ich dränge darauf, daß die Kirchen in Ostdeutschland wie in Westdeutschland ihre Pfarrer und Pfarrerinnen verpflichten, nicht mit einem Geheimdienst zusammenzuarbeiten. Das sagt nichts über die demokratische Legitimation dieses Geheimdienstes, es sagt aber etwas über die Qualifikation von Beichtgeheimnis. Ich erlebe dafür wenig Verständnis, außer einer Landessynode im Osten Deutschlands, die das bisher beschlossen hat. Ich spreche von Überanpassung und der Frage: Wie gut gelingt die parlamentarische Kontrolle der Geheimdienste und des Verfassungsschutzes, wenn ich höre, daß auf Mecklenburger Zeltplätzen vor wenigen Wochen eine ganze Reihe von Verpflichtungserklärungen eingeholt worden sind. Und das Land Mecklenburg-Vorpommern wird davon zur Zeit erheblich beunruhigt. Daß dies so schnell schon wieder möglich ist, daß unterschrieben wird und daß fast die gleichen Zielgruppen observiert werden sollen wie zu DDR-Zeiten, beunruhigt mich erheblich.

Mein dritter Vorschlag: Ich frage, welche Möglichkeiten es im Rahmen des 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes oder darüber hinaus gibt, Geschädigte zu rehabilitieren. Sie wissen sicherlich, daß es eine kleine lockere Organisationen von Menschen gibt, die als operativer Vorgang bearbeitet worden sind und die dadurch erheblich geschädigt worden sind. Ich wünschte mir, daß bei den operativen Personenkontrollen in Einzelfallprüfung für die operativen Vorgänge generell Rehabilitation vorgesehen wird. Die Schädigung ist häufig, wenn man das überhaupt vergleichen kann, kaum geringer als die derer, die für einige Zeit im Gefängnis sitzen mußten: biographische Brüche, Zerstörung von Partnerbeziehungen, Zerstörung von Lebensplänen, oft auch Zerstörung der Gesundheit. Diese Rehabilitation wird in der Regel nicht dadurch möglich sein, daß man finanzielle Unterstützung gibt, und ich kenne auch kaum von operativen Vorgängen Betroffene, die Geld haben wollen. Aber sie wird vielleicht in der Weise möglich sein, daß man in etwa die Ausbildungs- oder Arbeitssituation wiederherzustellen versucht, die vor dieser Schädigung bestand. Das wird unendlich schwer sein. Es hat manche Versuche gegeben, Ausbildungsabschlüsse gemäß Berufserfahrung anzuerkennen, das scheint mir aber alles nicht weit genug zu gehen.

Die finanzielle Unterstützung von Initiativen, also ob es neben der Stiftung BB dann auch eine Stiftung AI gibt, das finde ich spannend, aber es ist heute so oft gesagt worden, daß ich es nicht ausbreiten muß.

Einen Punkt aber will ich ansprechen unter dieser Frage von Rehabilitation von Geschädigten. Ich habe in meiner nebenamtlichen Tätigkeit für die Unterstützung von Stasi-Opfern – das ist im Land Brandenburg und da gibt es keinen Landesbeauftragten und das heißt, ein Teil der Arbeit, die eigentlich zum

Landesbeauftragten geht, landet dann bei mir – immer wieder mit Menschen zu tun, die ich unsichtbare Opfer nenne. Das sind Menschen, die keine Initiative, keine Unterstützungsgruppe gefunden haben oder die sich dort gar nicht hinwagen. Da ist Frau S. – sie ist bei einer Reise in die Tschechoslowakei an der Grenze aufgehalten worden, sie ist 1 1/2 Tage nackt in einer Zelle an der Grenze festgehalten worden. Drei Wochen später sind ihr die Haare ausgefallen. Sie ist gegen Perücken allergisch geworden, sie hat nicht nur ihren Partner, sondern auch ihre Arbeitsstelle verloren, das ist 1981 passiert. 1988 endlich konnte ein Fachkrankenhaus ihr sagen, daß sie ein Bestrahlungsoffer ist. Aber es gibt keine Unterlagen darüber; sie muß jetzt noch einmal beginnen, diese ganze Geschichte durchzugehen. Sie hat erst jetzt bestätigt gefunden, daß es solche Bestrahlungen gab. Wir wissen von mindestens zwei Bezirksverwaltungen der Stasi, wo Röntgengeräte standen. Seit 15 Jahren sucht diese Frau und fragt: Halten mich denn alle für verrückt oder nimmt nicht endlich jemand wahr, daß es Bestrahlung gegeben hat und daß ich nachhaltig geschädigt worden bin?

Sie wissen, daß die meisten Menschen, die in Aufarbeitungsinitiativen arbeiten, eine Fülle solcher Geschichten erzählen könnten, und ich vermute, daß auch die Enquete-Kommission eine ganze Reihe solcher oder ähnlicher Einzelfälle gehört hat. Ich verzichte darauf, andere zu erzählen, aber ich könnte, und es fällt mir schwer, an dieser Stelle nicht weiterzuerzählen. Rehabilitation von Geschädigten, die nicht inhaftiert waren, die ich unsichtbare Opfer nenne, ist nötig! Ich wünsche mir, daß die Dauer, die Anmeldedauer und der Geltungsbereich des Unrechtsbereinigungsgesetzes weitergefaßt wird. Ich sehe nicht, wie solchen Menschen anders und noch rechtzeitig Hilfe und vielleicht sogar Gerechtigkeit widerfahren könnte.

Ich komme zum letzten Punkt, meinem vierten Vorschlag: Ich wünsche mir Verständigung über die Ziele des Aufarbeitungsprozesses. Ich ahne nicht, wieviel Verständigung es innerhalb der Initiativen gegeben hat, ob es überhaupt Verständigung in dem komplizierten Dialog zwischen Fachwissenschaftlern, Politikern und Politikerinnen und den Initiativen, also den Betroffenen, schon gab. Aber es hat mich tief beeindruckt, in einem Gespräch mit Vertretern und Vertreterinnen der Wahrheitskommission, die jetzt in Südafrika zu arbeiten beginnt, zu hören, daß ihr Ziel „Heilung gesellschaftlicher Beziehungen“ heißt. Selbst wir, die wir als Theologen manchmal eine so ungenau warmherzige Sprache sprechen, sind darauf nicht gekommen, übrigens auch nicht darauf, was die Südafrikaner geschafft haben: eine Liturgie zu machen, die diesen harten Prozeß begleitet. Heilung gesellschaftlicher Beziehungen – zum Heilen würde etwa gehören, was wir von Frau Ellmenreich vorhin erzählt bekamen, daß man Wunden lange genug offenhält, durch die Benennung einer Straße an der richtigen Stelle. Also was sind die Ziele? Reicht es zu sagen, den Tätern sollte es doch auch ein bißchen schlechter gehen? Dieses Ziel kann ich verstehen. Reicht es, daß die Opfer entschädigt werden? Ich meine, es reicht nicht, so mangelhaft die Entschädigung bisher auch passiert ist. Es reicht nicht, weil dann immer noch eine gute gesellschaftliche Sortierung von Tätern und Opfern

fortgesetzt wird, die Täter sich zurückziehen können, die Opfer sich in ihrer Opferrolle festmachen und festmachen müssen. Kann es möglich werden, daß so etwas wie eine Täter-Opfer-Konfrontation mindestens überall dort passiert, wo Täter von gestern, die ja manchmal auch Täter von heute sind, in gesellschaftlich einflußreichen Positionen sitzen, wo Menschen Lebensorientierung bekommen oder wo über Gemeinschaften, ihren Charakter und ihre Zukunft entschieden wird. Kurz, ich wünschte mir, daß wir über die Ziele des Aufarbeitungsprozesses sehr schnell zu sprechen und zu streiten beginnen und daß das Wort Heilung darin einen Platz gewinnt. Wenn es weniger als dies wird, werden wir noch sehr, sehr lange mit dem Aufarbeitungsprozeß zu tun haben. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Gesprächsleiter Abg. Markus Meckel: Herzlichen Dank, Curt Stauss. Aufarbeitung von Vergangenheit, jedenfalls von einer solchen Vergangenheit, die wir im Blick haben, ist in einer pluralistischen Gesellschaft ein Streitbarer und auch widersprüchlicher Prozeß. Es gibt kein Monopol auf Wahrheit, auch in dieser Frage nicht, und ich denke, bei manchem, das Curt Stauss angesprochen hat, gibt es auch den Bedarf zu reagieren und miteinander ins Gespräch zu kommen. Dazu soll die Möglichkeit sein. Zuerst haben die drei, die hier im Podium sitzen und nun im Anschluß kurz zu diesen Herausforderungen reden werden, dazu die Gelegenheit.

Generalsuperintendent in spe Martin Michael Passauer: Er war Mitglied der letzten Enquete-Kommission und langjährig Pfarrer in Berlin. Er ist mit vielen, die aus der Opposition der DDR auch heute in den Fragen der Aufarbeitung aktiv sind, seit langem verbunden. Anschließend redet dann Jörn Mothes. Auch er war in den 80er Jahren aktiv in dem, was man heute etwas pauschal Opposition der DDR nennt, und ist heute stellvertretender Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Mecklenburg-Vorpommern. Als letzter dann Herr Dr. Rainer Eckert. Er ist Gründungsmitglied der Unabhängigen Historikerkommission und auch in den letzten Jahren durch viele pointierte Beiträge zum Aufarbeitungsprozeß in der Öffentlichkeit hervorgetreten. Ich bitte alle drei in ihren Beiträgen die Grenze von 10 Minuten möglichst nicht zu überschreiten. Wenn es drunterbleibt, werden nicht alle böse sein. Martin Michael Passauer bitte.

Martin Michael Passauer: Ich bedanke mich und will drei Gedanken meinerseits nochmal unterstreichen, an denen sich die Fragen der Herausforderung noch einmal deutlich zeigen. Bevor ich die drei Dinge nenne, möchte ich gerne noch eine Binsenweisheit erwähnen, denn diese Binsenweisheit ist eine der wichtigsten Herausforderungen: Die Binsenweisheit, daß durch Erinnerung und Erinnern Erneuerung passiert, d. h. auch wenn viele von uns der Meinung sind, an manchen Stellen hätten wir schon genug getan oder geredet, manche Themen hätten wir schon genug reflektiert, manche Fragen hätten wir schon ausreichend behandelt, wir sollten jetzt zu anderen Dingen übergehen, halte ich dies für falsch. Ich denke, daß wir gerade durch die Erinnerung und auch